



24. September 2025

Motion

der Fraktion der Alternativen Liste

Der Stadtrat wird beauftragt, die Zusammenarbeit bezüglich Datenspeicherung und -verarbeitung mit Unternehmen, welche dem US Cloud Act unterstehen, schrittweise zu beenden. Ein Vorschlag für das Vorgehen mit Zeitplan ist dem Gemeinderat zusammen mit einem Kreditantrag für die benötigten Mittel zu unterbreiten.

Begründung

Die Stadtverwaltung nutzt Microsoft Office 365. Bei dieser Anwendung werden Dokumente auf von Microsoft betriebenen Servern gespeichert.

In der Antwort auf Frage 7 der Schriftlichen Anfrage 2023/419 betont der Stadtrat, dass Microsoft die Einhaltung der Datenschutzvorgaben durch Zertifizierungen bestätigt habe und höchste Sicherheitsmassnahmen umsetze. Dennoch bleibt Microsoft dem US Cloud Act unterworfen, der US-Behörden weitreichende Kompetenzen einräumt, auf Daten zuzugreifen – unabhängig von deren physischem Speicherort, der zuständigen Landesniederlassung oder den lokal geltenden Datenschutzgesetzen. Die Enthüllungen von Edward Snowden aus dem Jahr 2013 belegen, dass solche Zugriffe automatisiert, systematisch und ohne vorherige Rücksprache mit den Dienstleistern oder Information der Betroffenen erfolgten. Daran dürfte sich seither nichts geändert haben. Die in der Antwort angeführte Statistik zu den Anfragen verliert dadurch an Bedeutung.

Im Juni 2025 bestätigte Anton Carniaux, Chefjurist von Microsoft France, in einer öffentlichen Anhörung vor dem französischen Senat, dass Microsoft Zugriffe durch US-Behörden nicht verhindern kann.¹

Eine Studie von Markus Schefer und Philip Glass der Universität Basel aus dem Jahr 2023 zeigt, dass die Speicherung von Personendaten in der Microsoft-Cloud einen schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt.² Auch die Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich teilt diese Meinung. Die Speicherung von besonders schützenswerten Daten ist deshalb in der

1 Emma Woollacott, *Microsoft Can't Keep EU Data Safe From US Authorities*.
Forbes, 22. Juli 2025

Microsoft Cloud untersagt.³ Diese Richtlinie wird auch in der Stadt Zürich angewendet. Sie führt jedoch in der Praxis zu Schwierigkeiten, da sich die Anwendenden nicht immer bewusst sind, welche Daten als besonders schützenswert gelten, und dass die Daten in der Cloud gespeichert sind. Verschiedene Ämter lagerten sensible Fachanwendungen auf Microsoft Sharepoint Online aus. OIZ hat am 7. Mai 2025 deshalb einen Outsourcing-Stopp ausgerufen.⁴

Nebst dem Zugang zu den Daten ist auch die Verfügbarkeit der Dienste abhängig vom Wohlwollen der Betreiber. Exemplarisch für die mögliche und auch tatsächlich angewendete Verfügungsgewalt steht die Anweisung von US-Präsident Trump an Microsoft im Februar 2025, dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, den Zugang zu seinem Microsoft-Mailkonto zu entziehen, nachdem Khan eine für Trump nicht genehme Anklage erhoben hat.⁵ Inzwischen hat Microsoft ein Versprechen abgegeben, keine Konten von europäischen Organisation mehr zu sperren – was aber nichts an der rechtlichen und machtpolitischen Ausgangslage ändert.

Sollte die US-Regierung ihre Interessen gegenüber der Schweiz mit Nachdruck durchsetzen wollen, bestünde die Möglichkeit, Tech-Konzerne anzuweisen, den Zugang für bestimmte Kunden einzuschränken. Die Stadt könnte dadurch den Zugriff auf essenzielle Dokumente und E-Mails verlieren. Zwar hätte ein solches Vorgehen für die US-Konzerne erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen, doch ist es kein undenkbares Szenario mehr.

Die Abkehr von US-amerikanischen Dienstleistern ist deshalb zwingend für die Sicherstellung der Digitalen Souveränität. Die Vorgabe dieses Ziels ermöglicht es der städtischen Verwaltung, einen realistischen Umsetzungsplan zu erarbeiten und Investitionen darauf zu lenken. Die Stadt kann die Initiativen in zahlreichen öffentlichen Verwaltungen in ganz Europa, auch der Schweiz, zur Entwicklung von Alternativen unterstützen. Wenn nur ein Teil der derzeit jährlich 1,1 Milliarden Franken, die von den öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz an Microsoft geleistet werden,⁶ in die Entwicklung von Alternativen geht, bei welchen die Kontrolle über die Daten und Dienste bei den Betreibern liegt, und deren Quelltext weitgehend öffentlich ist, kann das Ziel bald erreicht werden.

2 Tätigkeitsbericht 2023, *Besondere Risiken für die Grundrechte: M365*,
Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich

3 *Leitfaden «Microsoft 365 in Gemeinden»*, Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich,
Juni 2024

4 Adrienne Fichter, *Es knallt in den Kantonen*. Republik, 16. Juni 2025

5 Molly Quell, *Trump's sanctions on ICC prosecutor have halted tribunal's work*.
Associated Press, 15. Mai 2025

6 Adrienne Fichter, *«Fest in Microsoft-Hand»: Braucht es ein Ausstiegsszenario?*
SRF, 10. April 2025

S. Blaser